



BUNDESGERICHTSHOF

BESCHLUSS

6 StR 268/22

vom
9. August 2022
in der Strafsache
gegen

wegen Beihilfe zum Handeltreiben mit Betäubungsmitteln in nicht geringer
Menge

Der 6. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat am 9. August 2022 gemäß § 44 Satz 1, §§ 45, 46 Abs. 2 StPO beschlossen:

Dem Angeklagten wird auf seinen Antrag und auf seine Kosten Wiedereinsetzung in den Stand vor Ablauf der Frist zur Einlegung der Revision gegen das Urteil des Landgerichts Regensburg vom 16. Februar 2022 gewährt.

Gründe:

- 1 Das Landgericht Regensburg hat den Angeklagten am 16. Februar 2022 wegen Beihilfe zum Handeltreiben mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und vier Monaten verurteilt. Mit Telefaxschreiben vom 23. Februar 2022 hat sein Verteidiger Revision hiergegen eingelegt. Mit Schreiben vom 27. Juni 2022, dem Angeklagten am 4. Juli 2022 zugestellt, hat der Generalbundesanwalt auf die Formunwirksamkeit des Rechtsmittels und die Möglichkeit eines Wiedereinsetzungsantrags hingewiesen. Über sein besonderes elektronisches Anwaltspostfach hat der Verteidiger am 5. Juli 2022 einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und im selben elektronischen Dokument im PDF-Format zugleich die Revisionseinlegung gegen das vorbezeichnete Urteil übermittelt. Nach dem – anwaltlich versicherten – Vortrag des Verteidigers hatte der Angeklagte diesen unmittelbar im Anschluss an die Hauptverhandlung mit der Revisionseinlegung beauftragt. Erst durch das Schreiben des Generalbundesanwalts war dem Verteidiger aufgefallen, dass das Rechtsmittel nicht den gesetzlichen Formvorgaben entsprechend eingelegt worden war.

2 Der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist zulässig und
begründet.

3 1. Der Angeklagte hat die Frist zur Einlegung der Revision (§ 341
Abs. 1 StPO) versäumt. Nach der seit dem 1. Januar 2022 geltenden Vor-
schrift des § 32d Satz 2 StPO müssen Verteidiger und Rechtsanwälte die Re-
vision und ihre Begründung als elektronisches Dokument übermitteln. Insoweit
handelt es sich um eine Form- und Wirksamkeitsvoraussetzung der jeweiligen
Prozesshandlung, welche bei Nichteinhaltung deren Unwirksamkeit zur Folge
hat (vgl. BT-Drucks. 18/9416 S. 51; BGH, Beschlüsse vom 20. April 2022
– 3 StR 86/22; vom 28. April 2022 – 4 StR 59/22; vom 24. Mai 2022
– 2 StR 110/22; Köhler in Meyer-Goßner/Schmitt, StPO, 65. Aufl., § 32d
Rn. 2). Diesen Anforderungen entspricht die am 23. Februar 2022 per Telefax
übermittelte Revisionseinlegung nicht. Die Voraussetzungen eines Ausnah-
mefalls nach § 32d Satz 3 StPO sind nicht dargetan.

4 2. An dieser Fristssäumnis traf den Angeklagten, wie sein Verteidiger frist-
gerecht vorgetragen und glaubhaft gemacht hat (§ 45 Abs. 2 Satz 1 StPO),
allerdings kein Verschulden. Den Auftrag zur Revisionseinlegung hatte der Be-
schuldigte demzufolge rechtzeitig erteilt; es ist deshalb allein auf Anwaltsver-
schulden zurückzuführen, dass die Revision nicht formgerecht und mithin nicht
wirksam eingelegt wurde.

5 3. Die versäumte Handlung hat der Verteidiger frist- und formwirksam
nachgeholt (§ 45 Abs. 2 Satz 2 StPO; vgl. BGH, Beschluss vom 7. Januar 1992
– 1 StR 704/91, BGHR StPO § 44 Satz 1 Verhinderung 11). Die innerhalb der
Wochenfrist nach § 45 Abs. 1 StPO eingelegte Revision erfüllt die gesetzlichen
Formerfordernisse der § 32d Satz 2, § 32a StPO.

6 a) Nach § 32a Abs. 3 StPO muss die schriftlich abzufassende Revisions-
einlegung bei einer Übermittlung als elektronisches Dokument entweder mit
einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person ver-
sehen sein oder aber von der verantwortenden Person signiert und auf einem
sicheren Übermittlungsweg bei dem elektronischen Gerichts- oder Verwal-
tungspostfach (EGVP) eingereicht werden. Ein sicherer Übermittlungsweg im
Sinne des § 32a Abs. 3 StPO ist etwa gemäß § 32a Abs. 4 Nr. 2 StPO die
Übersendung über ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach (§ 31a
BRAO). Dabei muss die elektronisch übermittelte Revisionsbegründung ge-
mäß § 32a Abs. 2 Satz 2 StPO i.V.m. § 2 Abs. 1 Satz 1, § 14 Elektronische-
Rechtsverkehr-Verordnung (ERVV) ein Dokument im Dateiformat PDF sein
(vgl. BGH, Beschluss vom 3. Mai 2022 – 3 StR 89/22 Rn. 12; MüKo-
ZPO/Fritsche, 6. Aufl., § 130a Rn. 4).

7 b) Dem entspricht die eingelegte Revision. Dies ergibt die gebotene Zu-
sammenschau von Verteidigerschriftsatz und dem zu den Akten zu nehmen-
den Prüfvermerk des EGVP (vgl. BGH, aaO Rn. 13 mwN), der hier namentlich
Angaben zur Einreichung über das besondere elektronische Anwaltspostfach
durch den signierenden Verteidiger und zum Dateiformat des übermittelten
Dokuments enthält.

8 4. Mit der Zustellung dieses Beschlusses beginnt die Frist zur Begrün-
dung der Revision zu laufen (vgl. BGH, Beschluss vom 8. Januar 1982
– 2 StR 751/80, BGHSt 30, 335, 337 f.).

Sander

Tiemann

Wenske

Fritsche

von Schmettau

Vorinstanz:

Landgericht Regensburg, 16.02.2022 - 5 KLS 504 Js 12296/21